

Referat SVP Kantonalparteitag vom 27.8.2014

Sehr geehrte Damen und Herren

Im Namen der GL begrüße ich sie herzlich zum heutigen Kantonalparteitag hier in Muhen.

Herzlichen Dank Herr Gemeindeammann Andreas Urech für die freundliche Begrüssung.

Die fantastische musikalische Umrahmung der Trachtengruppe hat uns alle hoch erfreut.

Hans Hunziker, Ortsparteipräsident und ehemaliger Gemeinderat von Muhen, er ermöglichte uns das Gastrecht in Muhen, Vielen Dank für die Organisation des heutigen Abends.

Vielen Dank für das Gastrecht in Ihrer schönen Gemeinde.

In der Regel gehe ich in der Präsidialansprache auf innerkantonale Politik ein.

Heute mache ich aber wegen dem aktuellen nationalen Themen eine Ausnahme.

Sie denken sicher, ich wolle jetzt über Geri sprechen. Ich lasse dies aber sein, wir bleiben wie immer anständig.

Die Schweiz steht heute vor sehr entscheidenden Fragestellungen. Auf zwei, welche für unser Land entscheidend sein werden und welche auch die Wahlen 2015 bestimmen werden, gehe ich heute ein.

Es geht einerseits um unsere geplante **Asylinitiative und zum anderen um die Volksinitiative zur Umsetzung von Volksentscheiden, Schweizer Recht vor fremdem Recht.**

Die zwei geplanten Initiativen, welche noch nicht durch die Delegiertenversammlung der SVP CH abgesehnet wurden, haben bei allen Parteien viel Staub aufgewirbelt.

Wir wurden zum Teil auch hart kritisiert.

Das zeigt mir, dass sie hohen Respekt vor unseren Vorstössen haben.

Es hat sich als richtig erwiesen, dass unsere Partei bei elementar wichtigen Anliegen immer wieder das Volk anfragt.

Die Stimmbürger können in der Schweiz jederzeit mit Initiativen und Referenden politischen Einfluss nehmen.

Wir wollen damit den Behörden Leitplanken vorgeben – und nicht umgekehrt.

Unsere Demokratie bedeutet sehr viel. Diese sichert unsere Freiheit und Unabhängigkeit.

Sie garantiert, dass die letztendliche Macht beim Volk bleibt und nicht an Politiker, Parteien oder Organisationen delegiert wird.

Das Volk, die Leute in unserem Land, haben politisch immer das letzte Wort!

Dies stimmt mich sehr zuversichtlich.

Die allergrösste Gefahr für die direkte Demokratie wäre meines Erachtens aber ein EU-Beitritt.

Das würde ihr Ende bedeuten. Wir würden sehr viel hingeben.

Wir würden die Schweiz ruinieren

Die Schweiz hat sich einen der höchsten Lebensstandards ausserhalb der EU erarbeitet. Ich bin felsenfest überzeugt, diesen behalten wir nur mit unserer vollen Eigenständigkeit!

Somit komme ich zur geplanten Initiative Schweizer Recht vor fremdem Recht:

Das Schweizer Recht kommt zusehends immer stärker unter Druck.

Das internationale Recht bekommt in unserem eigenständigen Land zusehends mehr Priorität gegenüber dem Landesrecht.

Seit dem vergangenen Sommer haben der Bundesrat, das Parlament sowie verschiedene Staats- und Völkerrechtsprofessoren ihre Bestrebungen intensiviert, den allgemeinen Vorrang des internationalen Rechts gegenüber dem Schweizer Recht durchzusetzen.

Sie tun dies, weil ihnen nicht passt, was das Schweizer Volk beschlossen hat.

Das Parlament weigert sich, die Ausschaffungsinitiative umzusetzen, und die Durchsetzungsinitiative, mit der die Umsetzung sichergestellt werden soll, will das Parlament sogar teilweise für ungültig erklären.

Gescheite Völkerrechtsprofessoren argumentieren, der Verhältnismässigkeitsgrundsatz gehöre im Bereich der Menschenrechte zum zwingenden Völkerrecht, womit sie geltend machen Initiativen wie die Ausschaffungs- und die Durchsetzungsinitiative dürften nicht umgesetzt werden bzw. müssten für ungültig erklärt werden.

Wir wissen, der Bundesrat plant mit der EU einen Rahmenvertrag abzuschliessen über die politische Anbindung der Schweiz an die EU. Das Ziel dieses Vertrages, welcher die Schweiz in eine einseitige Abhängigkeit zur EU führen würde, wäre ganz klar ein schleichender EU-Beitritt.

Die Schweiz soll dabei bestehendes und künftiges EU-Recht automatisch übernehmen, der europäische Gerichtshof soll in Zukunft bei Streitigkeiten alleine entscheiden und die EU-Kommission soll die Rechtsanwendung der Schweiz überwachen.

Eine solche Regelung hätte für die Schweiz höchst gravierende Auswirkungen, da die Volksrechte stark beschnitten würden und fortan die EU und nicht mehr der Schweizer Souverän – das heisst, die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger – abschliessend über die Entwicklung unseres Rechts entscheiden würde.

Zudem soll die Schweiz zum dauerhaften EU-Beitragszahler werden, das ist natürlich etwas vom Wichtigsten für die EU.

Der Bundesrat würde gut daran tun, die Verhandlungen über eine institutionelle Einbindung der Schweiz in die EU sofort beenden.

Ich bin überzeugt, dies ist auch der Wille der grossen Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer

Es ist wirklich schockierend, dass der Bundesrat offenbar im Wissen um die Vorstellungen der EU mit dieser über einen Kolonialvertrag verhandelt, welcher die Souveränität der Schweiz aufgibt.

Die Schweiz würde mit einem solchen Vertrag fremdes Recht übernehmen, fremde Richter akzeptieren und einer fremden Macht die Kontrolle über das Land übertragen.

Der Bundesrat will die Schweiz ganz offensichtlich in die EU führen, wie wir dies schon länger befürchten.

Es wurden bereits, ohne Auftrag des Parlamentes, verschiedene Elemente einer institutionellen Einbindung zwischen Bern und Brüssel diskutiert und festgehalten.

Das Aussendepartement von Bundesrat Burkhalter führt also Verhandlungen zur Aufgabe der Unabhängigkeit der Schweiz.

Wollen wir das? Wollen das die Bürgerinnen und Bürger? Wir hier wollen es nicht und ich bin überzeugt, auch die Mehrheit der Schweizer nicht!

Die Schweiz ist auf keine neuen Verträge mit der EU und auch auf kein Rahmenabkommen angewiesen.

Sie ist auch nicht Teil des EU-Binnenmarktes, wie dies die EU und auch der Bundesrat immer wieder fälschlicherweise glaubhaft machen wollen. Wo gegenseitige Interessen bestehen, gibt es bilaterale Verträge und wird es auch in Zukunft bilaterale Verträge geben.

Für Verhandlungen über eine institutionelle Einbindung der Schweiz in die EU gibt es keinen Anlass.

Solche unwürdigen Verhandlungen sind deshalb umgehend zu beenden.

Deshalb müssen wir zusammen mit dem Volk durchsetzen, dass demokratisch legitimes Schweizer Recht über fremdem, internationalem Recht stehen muss.

Mit dem nun vorliegenden Vorschlag für eine Volksinitiative zur Umsetzung von Volksentscheiden – Schweizer Recht geht fremdem Recht vor, soll die Schwächung und Aushebelung der Volksrechte bekämpft werden.

Die Umsetzung und Durchsetzung der Verfassung soll nicht mehr mit dem Hinweis auf internationales Recht verhindert werden können.

Widerspricht ein Staatsvertrag unserer Verfassung, muss er neu ausgehandelt oder, wenn dies nicht geht, gekündigt werden.

Vorrang gegenüber der Bundesverfassung soll – wie es schon jetzt in der Verfassung steht – nur das zwingende Völkerrecht haben.

Damit der Begriff – zwingendes Völkerrecht - aber nicht immer weiter ausgedehnt wird, ist er in Anlehnung an das Wiener Übereinkommen zu definieren.

Am letzten Samstag hat der Zentralvorstand der SVP einstimmig beschlossen, dass unser nächster Parteitag vom 25. Oktober diesem Thema gewidmet ist und wir dann auch den Grundsatzentscheid für die Lancierung einer Volksinitiative Schweizer Recht vor fremdem Recht fällen werden.

Die Diskussion wird wichtig sein für unsere Partei, aber wird sich letztendlich für unser Land und seine einzigartige Staatsform lohnen.

Freiheit und Demokratie erhält man nie geschenkt, wir müssen uns dafür engagieren, Tag für Tag.

Wir wollen die besonderen Stärken der Schweiz, welche sich einerseits im politischen Bereich mit einzigartigen Volks- und Freiheitsrechten und andererseits im wirtschaftlichen Bereich mit guten Rahmenbedingungen, die wir uns selbst geben können, solange wir uns die Handlungsfreiheit dazu nicht nehmen lassen, bewahren.

Dafür kämpfen und engagieren wir uns!

Ich komme zum zweiten Volksbegehren zur geplanten Asylinitiative. Innerhalb unserer Partei ist eine Arbeitsgruppe unter der Führung von NR Heinz Brand an der Arbeit, die Vorschläge betreffend der Asylinitiative auf Papier zu bringen. Auch darüber werden die Delegierten an einer nächsten Versammlung abschliessend entscheiden.

Um was geht es?

Im letzten SVP aktuell habe ich die Asylsituation im Kanton Aargau beleuchtet.

Heute will ich kurz auf die schweizerische Asylpolitik eingehen. Diese ist natürlich die Ursache für das Asylchaos in den Kantonen!

Die monatlichen Asylgesuche sind zwischen April und Juni dieses Jahres um 50% hochgeschneit.

Das unter der Leitung von Bundesrätin Sommaruga weiter aus dem Ruder laufende Asylwesen muss wieder in akzeptable Bahnen gelenkt werden.

Die Vergleichszahlen zu unseren Nachbarländern machen deutlich, dass die Schweiz vom Zustrom Asylsuchender weit überdurchschnittlich betroffen ist. Die Zahlen für das vergangene Jahr (gemäss Asylstatistik des Bundesamtes für Migration) zeigen folgendes Bild:

Schweiz: 8 Mio. Einwohner, 21'465 Asylgesuche.

Deutschland: 81 Mio. Einwohner, 109'580 Asylgesuche. Hätte die Schweiz im Verhältnis zur Einwohnerzahl von Deutschland gleich viele Asylgesuche, wären das nur rund 10'800.

Italien: 61 Mio. Einwohner, 27'932 Asylgesuche. Hätte die Schweiz im Verhältnis zur Einwohnerzahl von Italien gleich viel Asylgesuche, wären das nur rund 3'700.

Das zeigt deutlich:

Die Schweiz gehört im europäischen Vergleich zu den Ländern mit den meisten Asylgesuchen bezogen auf die Einwohnerzahl. Unsere Nachbarstaaten tragen alle deutlich tiefere Lasten.

Das Bild einer unsolidarischen Schweiz, das in den vergangenen Tagen von einigen Politikern und Medien gemalt wurde, zielt völlig an der Realität vorbei. Aktuell ist das Gegenteil der Fall.

Wir haben unsere humanitäre Tradition immer konsequent vollzogen.

Der Dublinvertrag wird insbesondere von Italien krass verletzt.

Die Asylsuchenden werden entgegen dem Dublinvertrag zum grössten Teil nicht registriert und in den Norden weitergeschickt.

Die EU und die Schweiz tolerieren diesen Vertragsbruch stillschweigend und die Schweiz trägt im Verhältnis zu den Einwohnerzahlen der Nachbarländer die Hauptlast dieses Vertragsbruchs.

Das Versprechen von Bundesrat und Parlamentsmehrheit im Abstimmungskampf über Schengen/Dublin, wonach in der Schweiz auf Asylgesuche von Leuten, die aus einem sicheren Land in die Schweiz kommen, nicht mehr eingetreten wird, wird nicht eingehalten.

Darum fordert unsere Partei unter anderem, dass Bundesrätin Sommaruga endlich ihren Pflichten nachkommt und die Einhaltung des Dublinvertrages bei der EU einfordert. Dieser Vertrag entspricht inhaltlich der von uns gestellten Forderung, dass jemand in der Schweiz kein Anrecht auf Asyl hat, wenn er aus einem sicheren Drittstaat einreist.

Die Attraktivität der Schweiz als Zielland muss für Asylsuchende gesenkt werden und abgewiesene Asylbewerber konsequent zurückgeschafft werden.

Kriegsflüchtlinge sollen vorab in den auch von der Schweiz unterstützten Flüchtlingseinrichtungen der UNO in den sicheren Nachbarländern der Kriegsgebiete untergebracht werden. Der Bund gibt jährlich rund drei Milliarden Franken für Auslandhilfe aus. Hier stellt sich die Frage, ob diese Mittel am richtigen Ort eingesetzt werden.

Es darf in Anbetracht steigender Asylzahlen und den damit zusammenhängenden Problemen nicht in Frage kommen, dass die Schweiz zusätzlich 5'000 Kontingentsflüchtlinge aufnimmt, wie das gemäss Medienberichten im Raum stehen soll. Ein Übergang zu einer Kontingentspolitik wäre dann vorstellbar und sinnvoll, wenn die Asylsituation in der Schweiz wieder unter Kontrolle ist.

Das ist erreicht, wenn wir keine Wirtschaftsflüchtlinge und straffällige Asylsuchende in unserem Land beherbergen.

Statt die enorm teure Asylindustrie weiter aufzublasen, müssen die Ausgaben deutlich reduziert werden und stattdessen die Flüchtlingseinrichtungen der UNO unterstützt werden, wo nothabende auch völlig mittellose Familien eine Chance auf Sicherheit erhalten.

Dies im Gegensatz zum bestehenden gefährlichen Anreizsystem, in dem Menschen für viel Geld, das sie der Schleppermafia für zum Teil tödliche Mittelmeer-Überfahrten bezahlen, in die Schweiz geschleust werden.

Nur um zum grossen Teil hier nach einem teuren und langwierigen Asylverfahren zu erfahren, dass ihr Gesuch abgelehnt werden muss.

Diese zwei sehr wichtigen Initiativen werden unsere Partei herausfordern.

Ich bin aber überzeugt, dass wir beide Begehren, miteinander oder zeitlich verschoben, erfolgreich zum Ziel führen werden.

Kaum je war unser Bundesstaat solchen Belastungsproben ausgesetzt wie heute.

Die Bürgerinnen und Bürger erkennen dies.

Wir sollten uns wieder auf die Qualitäten konzentrieren, welche uns stark gemacht haben.

Und wenn viele Politiker bis hin zum Bundesrat dieses Ziel aus den Augen verlieren, müssen wir, die SVP, zusammen mit den Bürgerinnen und Bürger ihnen den richtigen Weg zeigen.

Also engagieren wir uns in diesen Fragestellungen und zeigen konkrete und gangbare Lösungen auf. Ein grosser Teil des Volkes erwartet das von uns.

Ein grosser Teil des Volkes vertraut auf uns, gerade in den aufgeführten Themen.

Bei beiden aufgezeigten Volksbegehren wird die SVP alleine in der politischen Landschaft stehen.

Sogar unser engster Vertrauter die FDP distanziert sich in dieser Frage klar von uns!

Es war auch bei der Einwanderungsinitiative so, trotzdem haben wir gewonnen.

Dieser knappe Sieg war mit einem riesigen Aufwand verbunden.

Genau mit dem gleichen Engagement müssen wir die zwei Initiativen gegen innen und aussen vertreten.

Ich bin überzeugt, so können wir gewinnen.

Sie sehen die SVP muss zugunsten von unserem Land weiter wachsen, damit wir an Stärke und Durchschlagskraft gewinnen.

Genau deshalb wollen wir bei den eidg. Wahlen vom nächsten Jahr unseren Wähleranteil erhöhen.

Den ersten Schritt werden wir heute nehmen, indem wir unseren NR Hansjörg Knecht für die SR-Wahlen nominieren.

Heute haben wir praktisch eine ungeteilte Standesstimme in Bern. Leider ist diese sehr links ausgerichtet.

Dies wollen wir mit Hansjörg Knecht 2015 wieder korrigieren. Obwohl es schwierig ist, streben wir neben der Rückgewinnung des SVP-Sitzes zusätzlich wieder eine bürgerliche Doppelvertretung an.

Hansjörg Knecht ist ein absolut verlässlicher Politiker, er ist über die Partei hinaus hoch anerkannt und hat als NR und GR hervorragende Arbeit geleistet. Für mich ist die Kandidatur Knecht sehr aussichtsreich. Die Nomination Knecht ist für unsere Partei, und den Kanton Aargau ein Glücksfall.

Er ist ein Sachpolitiker mit einem grossen Dossier an Kenntnissen. Mit Hansjörg Knecht hat der Kanton Aargau eine starke bürgerliche Stimme in Bern. Er weiss, dass nur ein Staat mit einer starken Wirtschaft auch ein sozialer und verantwortungsvoller Staat sein kann.

Ich habe die allergrössten Erwartungen an die Kandidatur Knecht!

Näheres zu SR-Nomination in Traktandum 3

In diesem Sinne eröffne ich den Parteitag  
Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.